

## Beschluss des Kreisparteitags DIE LINKE Potsdam-Mittelmark:

# DIE LINKE Potsdam-Mittelmark erklärt das Jahr **2018** zum „**Jahr des Friedens**“

## Wir fordern von der nach der Bundestagswahl 2017 neu zu bildenden Bundesregierung:

1. In den internationalen Beziehungen setzt sich die Bundesregierung für die Lösung aller Konflikte ausschließlich mit diplomatischen Mitteln ein.
2. Aktive Beteiligung an allen Abrüstungsverhandlungen in der UNO und Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages.
3. Keine direkte oder indirekte Beteiligung der Bundeswehr an Militäreinsätzen im Ausland. Der Militärhaushalt des Bundes soll der Bundeswehr nur die Mittel zur Verfügung stellen, die gemäß Grundgesetz zur Landesverteidigung erforderlich sind.
4. Aufhebung des Stationierungsabkommens von 1954 über fremde Streitkräfte auf dem Territorium der BRD und damit verbunden das Verbot der Lagerung von US-Atomwaffen in Deutschland sowie Untersagung des menschenrechtswidrigen Drohneinsatzes vom US-Stützpunkt in Ramstein.
5. Stopp aller Rüstungsexporte und Einleitung von Schritten zur Umwandlung der Rüstungsindustrie auf Produktion ziviler Güter.
6. Reduzierung statt Erhöhung der Militärausgaben.

## Beschluss:

Der in 2017 in Hannover stattgefundenen Bundesparteitag hat beschlossen den Bundestagswahlkampf unter die Losung „**SOZIAL.GERECHT.FRIEDEN.FÜR ALLE**“ zu stellen. Dem **Wort FRIEDEN** müssen nun auch **Taten** folgen.

## Deshalb beschließen wir:

1. Wir setzen unsere im Jahr 2017 erfolgreich begonnene Friedensaktion fort. Wir führen regelmäßig regionale **Infostände und Friedensforen** durch und sammeln Unterschriften zu den 6 Forderungen an die Bundesregierung.
2. Unsere kommunalen Abgeordneten in den Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen und im Kreistag setzen weiterhin die **Resolutionen zu den Atomwaffen in Deutschland** auf die Tagesordnung und prüfen, inwieweit auf beschlossene Resolutionen durch den Deutschen Städte- und Gemeindebund bzw. den Deutschen Landkreistag reagiert wurde.
3. Zu Ostern 2018 organisieren wir regionale **Ostermärsche** bzw. beteiligen uns an überregionalen Ostermärschen.
4. Zum „**Hiroshima-Gedenktag**“ und zum **Weltfriedenstag** organisieren wir politische Aktionen.
5. Unser Kreisvorstand wird beauftragt, einen offenen **Brief an den Parteivorstand** zu schicken, in dem das Anliegen „**2018- Jahr des Friedens**“ zum Ausdruck gebracht wird und alle Landesverbände unserer Partei aufgefordert werden, sich dieser Aktion anzuschließen.

## **Begründung:**

Das mit Öffnung der Grenzen 1989/90 scheinbar eingetretene Ende des „Kalten Krieges“ sorgte bei Menschen in der ganzen Welt für ein Aufatmen, verbunden mit der Hoffnung auf eine Zukunft ohne Kriegsgefahr. Diese Hoffnung war jedoch nur von kurzer Dauer. Zwar war mit dem Zerfall der sozialistischen Staatengemeinschaft und der Auflösung des Warschauer Vertrages als östliches Militärbündnisses für die NATO-Staaten ein Feindbild verloren gegangen, aber die NATO hat alles unternommen, ihre Militärausgaben weiter zu erhöhen und neue Feindbilder in der Welt zu finden.

Im März 1999 begannen die fast drei Monate dauernden, völkerrechtswidrigen NATO-Bombardierungen auf Jugoslawien. Tausende Zivilisten kamen ums Leben und zehntausende Wohnhäuser und viele historische Bauwerke wurden zerstört. Auch Uranmunition und Streubomben kamen zum Einsatz.

Unter der Führung der USA wurden Kriege bereits seit 1991 wieder zu Mittel zur Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Ziele. Beispielhaft seien die Kriegseinsätze gegen Irak, Libyen, Syrien und Afghanistan genannt.

Russland ist als neuer, alter Feind wiederentdeckt worden. Die NATO erweiterte ihr Einsatzgebiet entgegen allen Vereinbarungen bis an die Ostgrenze Russland und stationiert in den baltischen Staaten Kampfverbände auch mit Beteiligung der Bundeswehr. Das weltweite „Säbelrasseln“ geht mit einer von Seiten der USA forcierten nuklearen Aufrüstung einher. Auch die in Deutschland stationierten US-Atomwaffen sollen mit Duldung der Bundesregierung modernisiert und auf US-Befehl von deutschen Piloten zum Einsatz gebracht werden. Aktuell bringt der Konflikt zwischen USA und Nordkorea besondere Risiken für den Weltfrieden.

Aus diesen und vielen weiteren Gründen müssen wir all unsere Möglichkeiten nutzen, um den Friedenswillen der überwiegenden Mehrheit unserer Bevölkerung gegenüber der Bundesregierung und den Staaten der Welt zum Ausdruck zu bringen.

Aus den Lehren zweier Weltkriege muss Deutschland eine aktive, friedenssichernde und verantwortungsvolle Rolle übernehmen.

Beschlossen am 7.Oktober 2017 vom Kreisparteitag Potsdam-Mittelmark

in Kleinmachnow